



Ercheinungswweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 20 Pfg., Resten 50 Pfg. — Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. — Fernsprecher 9.

Donnerstag den 4. September 1919.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn Mfr. 3.30 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- u. Nachbortarife Mfr. 3.50, im Fernverke Mfr. 3.60, Postgeb. 30 Pfg.

Der Vernichtungskampf gegen das Deutschum. Vernichtende Friedensbedingungen für Oesterreich. Ultimatum an Deutschland bezügl. Deutschösterreichs.

Die feindlichen Völker und deren derzeitige Führer sind von einem Haß gegen alles was Deutsch heißt, besetzt, der uns erschauern machen muß, der aber nichts weiter dokumentiert als das Bestreben, das deutsche Volk, dessen geistige Eigenschaften man fürchtet, wie der Teufel das Kreuz, vollends ganz zu vernichten, um die Möglichkeit eines politischen Wiederaufstiegs nach menschlichem Ermessen für alle Zeiten auszuschalten. Die Friedensbedingungen für Deutschösterreich sind jetzt auch endgültig festgestellt. Die Regierung muß sich in 5 Tagen entschließen, ob sie den „Vertrag“ annehmen will oder nicht, doch wird ihr eventuell eine weitere Frist gnädigst zugestanden. An den Bedingungen vom 20. Juli wurde wenig geändert. Die 3 1/2 Millionen Deutschen Böhmens und Mährens werden einfach der Tschechoslowakei zugesprochen, ebenso die 400 000 Deutschen Südtirols. Die Deutschen Westungarns dagegen dürfen sich ohne Volksabstimmung in einer gewissen Abgrenzung Oesterreich anschließen, weil „der Volkscharakter und das nationale Empfinden“ den Anschluß unzweideutig erheischen. Wenn die Entente von diesem Gesichtspunkt aus die böhmische und mährische Bevölkerung hätte behandeln wollen, hätte sie zu demselben Ergebnis kommen müssen. Mit der Zuweisung Westungarns an Oesterreich wird aber genau so wie mit der Einverleibung Böhmens in die Tschechoslowakei die Absicht verfolgt, Gegensätze zwischen den Deutschen und Ungarn zu schaffen. Selbstverständlich darf Oesterreich nur ein Söldnerheer von 20 000 Mann halten. Die Donauschiffahrt wird unter internationale Kontrolle gestellt. In gewissen Gebieten darf der Tschechoslowakische Staat die Eisenbahntrecken in selbstherrlicher Weise benützen. Die ganze staatliche Finanzwirtschaft wird unter Entente-Kontrolle gestellt, um je nach dem Belieben der Jogen. Reparationskommission den Staat in völliger Abhängigkeit von der Entente halten zu können. Natürlich wird auch Deutsch-Oesterreich die Verantwortung am Ausbruch des Krieges zugeschoben, und daraus die Berechtigung stärkerer finanzieller und wirtschaftlicher Heranziehung zur „Wiedergutmachung“ hergeleitet. Der Haß gegen alles Deutsche kommt aber besonders in dem Verbot zum Ausdruck, die junge Republik als „Deutsch-Oesterreich“ zu bezeichnen. Die Oesterreicher werden den Vertrag, der ihr Volkstum bis zur Verstückelung beschneidet, wie das deutsche Volk annehmen müssen, aber als endgültige Regelung werden sie diese Entscheidung ebensovienig wie wir ansehen.

Gleichzeitig mit den österreichischen Friedensbedingungen hat Herr Clemenceau, die wildeste Bestie in Menschengestalt, auch an die deutsche Regierung ein bestialisches Ultimatum gerichtet, in welchem er im Namen des Obersten Rats der Entente fordert, daß die deutsche Verfassung in bezug auf die Artikel, die den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland regeln, für kraftlos erklärt wird, da sie eine förmliche Verletzung des Friedensvertrags darstellen, und mit der Unabhängigkeit Oesterreichs in Widerspruch stehen. Die Forderung würde an und für sich nicht so verlegend sein, — abgesehen natürlich von der schamlosen Bräuterei des Selbstbestimmungsrechts der Völker, für das doch die Entente angeblich Krieg geführt hat, — denn die Alliierten können ja heute jede Brutalität ohne Schwierigkeit durchsetzen, aber daß man zu dem brutalen Druckmittel des Ultimatus greift, mit der unverkündeten Drohung, daß man die Befehung auf dem rechten Rheinufer befehlen werde, falls die gerechte (!) Forderung nicht innerhalb 14 Tagen erfüllt werde, zeigt allem bisher Dagewesenen in bezug auf Gewalttätigkeit und Zynismus die Krone auf. Die deutsche Regierung steht dieser unerhörten Brutalität gegenüber auf dem Standpunkt, daß die Entente keine Verfassungsänderung verlangt, sondern nur eine authentische Feststellung, daß der betreffende Anschlußartikel nicht in Kraft tritt, solange der Rat des Völkerbundes nicht einer Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland zugestimmt habe. Diese Feststellung sei übrigens auch schon in dem Artikel 178 Abs. 2 der Verfassung gegeben. Mit dieser Auffassung pariert die deutsche Regierung den Saubieb Clemenceaus durch eine elegante Abwehrgeste.

Von den künftigen Gespinnstereien des „Völkerbundes“ kann man sich nach diesem neuesten „Versöhnungsakt“ einen Begriff bilden. Die nordischen Parlamentarier befinden sich zurzeit in Stockholm, um zur Frage des Eintritts in den Völkerbund Stellung zu nehmen. Es kam bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, daß man in dem Völkerbund wohl kein

Idealbild erblicke, daß man sich wohl oder übel aber anschließen müsse, da die kleinen Mächte, die nicht in den Bund einträten, nicht freundlich behandelt würden. So sehen heute die Neutralen den Ententebund an, der bekanntlich die Vernichtung des deutschen „Militarismus“ zum Zwecke der „Freiheit der kleinen Völker“ angestrebt hat. O. S.

Der französische Druck.

(W.B.) Berlin, 4. Sept. Aus Ludwigshafen erfährt die „D. Allg. Ztg.“, daß dort gestern weitere 2000 französische Soldaten eingetroffen sind. Auch in Speyer und Kaiserslautern sind neue französische Truppen eingezogen. — „Echo de Paris“ meldet, daß die französischen Truppenansammlungen in der Pfalz nicht militärischen Maßnahmen im besetzten Gebiete dienen, sondern daß sie zum Vormarsch bestimmt sind für den Fall, daß die deutsche Regierung die Forderung nach Streichung des Art. 61 der Reichsverfassung ablehnen sollte.

Die Ueberreichung der endgültigen Friedensbedingungen für Deutschösterreich.

Saint Germain, 2. Sept. Kurz vor 7 Uhr abends erschien der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta im Pavillon Henri IV. Staatskanzler Dr. Renner wurde in Begleitung von Abgeordneten Professor Gürtler und Legationsrat Frankenstein durch ein Auto abgeholt, und Dutasta überreichte im Auftrage der Kommission die Antwort der Friedenskonferenz. Das vorgelegte Boredeau zählt folgende 6 Schriftstücke auf: 1. den Begleitbrief des Präsidenten Clemenceau an den Leiter der österreichischen Friedensdelegation, 2. die Antwort der a. und a. Mächte auf die Bemerkungen der österreichischen Abordnung, 3. den entgültigen Text der Friedensbedingungen, 4 ein Zusatzprotokoll, das die in dem früheren Memorandum enthaltenen Bestimmungen wiederholt, 5. eine Erklärung betreffend die Erteilung von Auskünften über verkennte Schiffe und 6. eine besondere Erklärung betreffend die Aus-, Ein-, und Durchfuhrbeschränkungen zwischen Osterreich und Ungarn. Generalsekretär Dutasta überreichte die einzelnen Schriftstücke mit kurzen Erläuterungen und legte sodann die Verhandlungsschrift vor, in der der Empfang dieser Schriftstücke vom Staatskanzler bestätigt wurde. Hi-rauf teilte der Generalsekretär mit, daß die Mächte zu dieser Verantwortung eine Frist von fünf Tagen in Aussicht nehmen und ersuchte den Kanzler sich zu dieser Friststellung zu äußern. Der Kanzler erklärte, daß die Schwierigkeiten der Verbindung und die große Entfernung und vor allem die parlamentarischen Verhandlungen die Einhaltung dieser Frist als unmöglich erscheinen lassen. Der Kanzler werde sich genötigt sehen, von Wien aus je nach dem Verlauf der Dinge wegen einer Fristverlängerung vorstellig zu werden. Zugleich mit dem offiziellen Exemplar übernahm die österreichische Delegation 15 weitere Stücke des Friedensvertrages. Damit war die Ueberreichung beendet und die österreichische Abordnung kehrte im Automobil in ihr Quartier zurück.

Der Friedensvertrag in der französischen Kammer.

Verfaßtes, 3. Septbr. In der gestern fortgesetzten Debatte der französischen Kammer über die Ratifizierung des Friedensvertrages führte Andre Tardieu als Regierungskommissar aus, der Vertrag beruhe auf drei Grundfäden: Sicherheit, Solidarität, Gerechtigkeit. (1) Man habe Deutschland alle seine Offensivmittel nehmen müssen, um einen neuen Angriff unmöglich zu machen. Frankreich habe sich für den Frieden die Mitarbeit der Länder garantieren müssen, die geholfen hätten, den Krieg zu gewinnen. Man habe sich mit den a. und a. Regierungen verständigen müssen und dafür Sorge zu tragen gehabt, daß der Frieden ein Gerechtigkeitsfrieden werde. Wenn man den Vertrag beurteile, müsse man dies in Betracht ziehen. Es wäre tollkühn gewesen, einen Frieden zu schließen, der Frankreich nicht für die Zukunft jede Möglichkeit der Sicherheit biete. Es wäre aber auch tollkühn gewesen, einen Frieden zu schließen, der nicht die Zustimmung der Alliierten Frankreichs gefunden hätte. Noch tollkühner aber wäre es gewesen, einen Frieden zu schließen, der sich nicht auf den Grundfäden aufbaue, für die die französischen Soldaten gestorben seien. Im Augenblick des Friedensschlusses hätte Frankreich allein gestanden, denn alle Verpflichtungen, die es eingegangen ist, und die andere ihm gegenüber eingegangen seien, hätten nur für den Krieg Gültigkeit gehabt. Man habe keine genügenden militärischen Sicherheiten besessen und die von Leon Bourgeois vorgeschlagenen Amandements zum Völkerbundsstatut seien abgelehnt worden. Infolgedessen habe die französische Regierung im Monat Februar die einzig mögliche Garantie — die geographische Garantie — verlangt. Am 25. Februar sei der Friedenskonferenz ein Memorandum überreicht worden, das sich in allgemeinen Linien den militärischen Sicherheiten, die Marschall Foch aufgestellt hätte, angeschlossen habe, nur mit einer Ausnahme: der Mar-

schall Foch habe die Anexion von 7 Millionen Deutschen verlangt. Die Regierung aber dagegen habe deren vollständige Unabhängigkeit und die Neutralität des linken Rheinufers gefordert. Diese Bedingungen hätten Widerstand erfahren. Man habe keine probatorische Befehung der Rheinlande gewollt. Vor allen Dingen aber habe man die Beteiligung alliierter Truppen an dieser Befehung abgelehnt. Die Verhandlungen hätten gebauert bis zum 14. März, also bis zur Rückkehr des Präsidenten Wilson nach Frankreich. Dann seien England und Amerika mit dem Vorschlag des Garantiefriedens hervorgetreten, aber die französische Regierung habe erklärt, dieses Angebot genüge nicht, Frankreich brauche Garantien hinsichtlich der zukünftigen deutschen Armee, die vollständige Neutralisierung des Rheingebiets und eine zeitlich begrenzte Befehung des linken Rheinufers und der Brückenköpfe. Auf dieser Basis habe man bis zum 20. April verhandelt und sei schließlich zu den Bedingungen gekommen, die der Friedensvertrag festsetze. Tardieu sprach dann von den politischen Klauseln, die das Verkehrsstatut enthält und die auf eine Ueberwachung hinausgehen. Sie sicherten Frankreich die Hilfe seiner Alliierten. Man dürfe nicht die einzelnen Artikel kritisieren, sondern man müsse die Garantiebestimmungen als Ganzes betrachten. Dann komme man zu einem Ergebnis, das nicht unbefriedigend sei. Man habe immer bedenken müssen, daß man nach einem solidarischen Krieg unmöglich sich der Gefahr eines zukünftigen von Frankreich allein zu führenden Krieges hätte ausweichen dürfen. Die deutsche Einheit habe die französische Regierung nicht zertrümmern wollen aus Gewissens- und aus Klugheitsgründen. Wenn man einen Krieg führe für die Befreiung (!) der Völker, dann dürfe man keinen Frieden schließen, der die innere Freiheit eines besetzten Volkes antaste. Das sei die Ansicht aller Alliierten gewesen. Wenn man Deutschland hätte zerstückeln wollen, dann hätte man die Zustimmung der einzelnen Gliedstaaten teuer erkaufen müssen u. schließlich hätte man ihm ein Agitationsmittel in die Hand gegeben, dessen Macht groß gewesen wäre, weil es sich auf einer legitimen Grundlage aufgebaut hätte. Aber den Einfluß Preußens hätte man in Deutschland verringern müssen. Und dies geschah durch den Friedensvertrag. Man habe Posen aus dem Körper Preußens herausgerissen, die lothringischen Bergwerke an sich genommen, man habe 84 000 Quadratkilometer von Preußen losgerissen. Das sei eine Politik, die sich auf den Grundfäden der Alliierten aufbaue und durch die man Völker befreit habe. Andre Tardieu verteidigte alsdann noch die rheinische Politik Frankreichs, die loyal und ohne Hintergedanken (!) sei, und bat namentlich, bei Beurteilung des Vertrages zu berücksichtigen, daß Frankreich Elsaß Lothringen, Marokko und Marokko durch diesen Vertrag als sein Eigentum erhalte, das Saargebiet 15 Jahre unter französischer Herrschaft komme, Belgien wiederhergestellt und Luxemburg dem deutschen Einfluß entzogen werde, Polen und die Tschecho-Slowakei mit Hilfe Englands und Amerikas ausgerichtet worden seien.

Der Generalberichterstatter Barthou tabelte in scharfen Worten, daß das Ministerium den Frieden ohne Mitwirkung des französischen Parlaments abgeschlossen habe und besprach alsdann die Frage der Verantwortlichkeit. Er wandte sich gegen die Behauptung Albert Thomass, daß das deutsche Volk keine Verantwortlichkeit für den Krieg trage und fragte, ob nicht das ganze Deutschland schuldig sei. Es kam deshalb zu Zusammenstößen mit sozialistischen Abgeordneten, sowie zu heftigen Diskussionen zwischen diesen. Barthou fragte, ob sich die deutsche Gesinnung geändert habe. Das Reich beherrschte alles und zerfchlage alles. Man befände sich einem geeinigten und starken Deutschland gegenüber. Deshalb müsse der Friedensvertrag mit Gerechtigkeit und Strenge durchgeführt werden. Barthou tabelte schließlich Clemenceau, weil er in bezug auf die deutschen Kriegsgefangenen nachgegeben habe. Diese humanitäre Maßnahme könne als ein Zeichen der Schwäche gedeutet werden. England dürfe Frankreich nicht die Genugtuung verweigern, auf die es Anspruch habe. In Verbindung damit besprach Barthou die Ereignisse in Persien und Syrien und meinte, daß England gegenüber Frankreich Verpflichtungen habe. Es kam in der sich daran anschließenden Diskussion zur Geltung, daß die Rechtssozialisten in bezug auf die Kriegsverantwortlichkeit eine wesentlich andere Ansicht haben, als die Gruppe der linksstehenden Sozialisten um Douguet.

Zur äußeren Lage.

Französische Darstellungen des blutigen Putschversuchs in der Pfalz.

Mannheim, 2. Septbr. Die „Pfalz-Zentrale“ meldet: Die Regierung der Pfalz gibt unter dem 31. August eine amtliche Mitteilung über die traurigen Vorgänge in Ludwigshafen heraus, die von allen pfälzischen Blättern veröffentlicht werden muß und deren Veröffentlichung die französischen Behörden genehmigt haben. Dieser Kommentar gibt eine so harmlose Erklärung des Ueberfalls auf das Postamtsgebäude in Ludwigshafen, daß man auf den ersten Blick sieht, daß es sich um eine Darstellung handelt, die von der französischen Befehungsbehörde vorgeschrieben wurde. Von dieser Darstellung wäre die Ludwigshafener Blittat darauf zurückzuführen, daß ein französischer Polizist auf der Treppe des Hauptpostamts hinfiel, in seiner Aufregung dann zum Revolver griff und drei deutsche Be-

...die in seiner Nähe waren, niederschoss. Bezeichnend für die Auffassung des Regierungspräsidiums ist jedoch der Schlusssatz: „Für den Fall, daß die Untersuchung der amtlichen deutschen Stellen gegenteilige Tatsachen zu Tage fördern wird, behalte ich mir ausdrücklich die mir geeignet erscheinende Nichtigstellung vor.“ Es ist zu hoffen, bemerkt die „Pfalztribüne“, daß diese Nichtigstellung recht bald erfolgen wird, denn die deutsche Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie diese deutschen Beamten von den französischen Soldaten niedergeschossen wurden. Oder ist das Leben eines französischen Soldaten mehr wert als das eines deutschen Postbeamten?

Französische Nichtachtung.

* Berlin, 4. Sept. Aus München wird dem „B. V.-A.“ mitgeteilt: General Jagolle in Kaiserslautern hat die von dem bayerischen Ministerpräsidenten wegen der schweren Vorgänge in Ludwigshafen erbetene Unterredung abgelehnt mit der Begründung, er habe lediglich die Aufgabe, für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen und diese werde durch die örtlichen deutschen Behörden unter der Kontrolle der französischen Militärbehörden vorgenommen.

Die elsässischen Arbeiter für ihre deutschen Arbeitsgenossen.

Berlin, 4. Sept. Wie dem „Vorwärts“ aus Strassburg gebräutet wird, haben die Gewerkschaftskartelle Mühlhausen, Strassburg, Kolmar und Metz erklärt, daß sie den Generalstreik proklamieren würden, falls die von den Franzosen angekündigte Ausweisung von 15 000 deutschen Arbeitern Tatsache werde.

Einladung Deutschlands zur Teilnahme an der Londoner Arbeiterkonferenz.

(WTB.) Paris, 3. Sept. (Reuter.) Die Blätter melden, daß infolge der von der Confederation Generale du Travail bei Clemenceau unternommenen Schritte dieser beim Obersten Rat bewirkt, daß Deutschland und seine Verbündeten zur Teilnahme an der Londoner Arbeiterkonferenz aufgefordert werden.

Fortdauer der polnischen Ueberfälle.

Breslau, 3. Sept. Das Generalkommando des 6. Armeekorps meldet: In der Nacht stießen polnische Banden in der Richtung Gadow vor. Sie wurden im Gegenstoß geworfen. Bei Neu-Berun wurden ringedrungene Banden zerstreut. Bandenangriffe östlich Tarnowitz und Georgenberg wurden abgewiesen. Bei Bardnig, südlich von Sulnierschlag, vorgebrungene Banden wurden verjagt.

Das widerspenstige Rumänien.

(WTB.) Versailles, 3. Sept. Einige Pariser Morgenblätter stellen fest, daß die rumänische Regierung sich weigere, den österreichischen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Nach „Reit Parisien“ erklärte ein hervorragendes Mitglied der rumänischen Friedensdelegation, diese Weigerung erfolge, weil der Friedensvertrag zwei Bedingungen stelle, die gegen die nationale Würde Rumäniens verstößen. Sie betreffen die Behandlung der Minoritäten und die wirtschaftlichen Bedingungen, welche ohne die Mitarbeit Rumäniens festgesetzt werden sollen.

Vor einem ersten Konflikt der Entente mit Rumänien.

(WTB.) Paris, 4. Sept. Nach dem „Echo de Paris“ hat der Oberste Rat der Alliierten die Lage geprüft, wie sie durch das lange Stillschweigen Rumäniens entstanden ist, das noch auf keine Note geantwortet hat, die ihm zugestellt wurde. Das Blatt glaubt zu wissen, daß ernste Maßnahmen in Aussicht genommen sind, insbesondere der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Amerikanische Spiegelschere.

(WTB.) Versailles, 3. Sept. Der amerikanische Senator Knox erklärte dem Sonderberichterstatter des „Echo de P.“ in Washington, der vorliegende Friedensvertrag bedeute nicht den

Frieden, sondern den Krieg, einen fürchterlichen Krieg, als den solchen beendeten. Der Vertrag bedeute nur einen Waffenstillstand. Der Senat aber müsse sein Möglichstes tun, um ihn zu einem wirklichen Friedensvertrag umzugestalten. Wenn dies nicht möglich sei und wenn die Vereinigten Staaten nicht ihre mächtige Stimme zugunsten des Friedens geltend machen könnten, dann wäre es für sie am klügsten, sich zu weigern, ihn anzunehmen.

Amerikanisch-mexikanische Pänkeleien.

Amsterdam, 3. Septbr. „Associated Press“ berichtet aus Laredo: Zwei amerikanische Fliegeroffiziere, die an der mexikanischen Grenze patrouillierten, wurden von Mexikanern beschossen. Einer von ihnen wurde verwundet.

Japan und die amerikanische Haltung zum Friedensvertrag.

Amsterdam, 3. Septbr. Die englischen Blätter vom 1. Septbr. bringen eine Neutermelung aus Tokio, wonach die Annahme des Änderungsantrages bezüglich Schantung durch den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Senats Aufsehen erregt hat. Die Chinesen, die sich weigerten, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, wollen jetzt in keinerlei Verhandlungen mit Japan eintreten, bevor die endgültige Haltung Amerikas geklärt ist. Dies kennzeichnet die Lage enger als je.

Zur Frage der Kriegsgefangenen-Heimkehr.

Auch Frankreich trifft Vorkehrungen zur Ablieferung der Kriegsgefangenen.

* Berlin, 3. Septbr. Blättermeldungen zufolge hat laut „Temps“ eine Zirkularverordnung des französischen Kriegsministers an alle Gefangenenlager die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen aus den Aufbaugesieten an die Sammellager innerhalb 14 Tage angeordnet. — Pichon gab im Kammerausschuß bekannt, daß sich in Frankreich und seinen Kolonien 335 000 deutsche Kriegsgefangene befänden. Der Oberste Rat hob vom 1. September ab die Arbeitspflicht der deutschen Kriegsgefangenen auf. — Nach einer Neutermelung werde alle in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen bis zum 15. Oktober zurückgeschickt sein.

England und die Kriegsgefangenenheimkehr.

Amsterdam, 3. Septbr. Die englischen Blätter vom 1. melden, daß die britischen Behörden in der Lage sind, die Zahl der täglich heimzubefördernden deutschen Kriegsgefangenen auf 6000 zu erhöhen, sofern die deutschen Behörden die dafür notwendigen Eisenbahnzüge stellen. Im Gefangenenlager von Divesby kam es bei Bekanntwerden des Beschlusses des Obersten Rates, die deutschen Gefangenen heimzubefördern, zu großen Freudenkundgebungen.

Vermischtes.

Das amerikanische Verdictnis an deutschen Farbstoffen.

(WTB.) Washington, 3. Sept. (Reuter.) Das Kriegshandelsamt hat eine Verfügung erlassen, wonach die Einfuhr einer solchen Menge Farbstoffe aus Deutschland erlaubt wird, daß damit der Bedarf der amerikanischen Fabrikanten für 6 Monate gedeckt wird.

Englische Justiz im besetzten Gebiet.

Berlin, 3. Septbr. (Privattelegramm.) Die „B. Z.“ meldet aus Gussfinghen: Mehrere Einwohner hatten britische Besatzungssoldaten überfallen (!), wobei ein Engländer getötet wurde. Der Stadt wurde dafür eine Geldbuße von 110 000 Mark auferlegt. Der Haupttäter, ein Arbeiter namens Kippers, ist vom englischen Kriegshandelsamt zum Tode verurteilt und erschossen worden. — Es handelt sich natürlich um herausfordernde Haltung oder Taktlosigkeit der Engländer, die die entsprechende Erwiderung fanden.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 4. September 1919.

Leber- und Schuhpreiswucher.

Die Schuhmachereinnung Stuttgart schreibt in den Blättern: Es herrscht unter dem Publikum vielfach die Anschauung, als ob die Schuhmachermeister an den gegenwärtig außerordentlich hohen Preisen für Maßschuhe und Schuhreparaturen die Schuld tragen. Demgegenüber stellen wir fest, daß dies keinesfalls zutrifft. Seit Mitte August werden von den Gerbereien und den Lederhändlern Preisaufschläge für Sohlleder von 100 bis 150 Prozent, für Oberleder von 300 bis 400 Prozent verlangt, die wir Schuhmachermeister notgedrungen zahlen müssen, um überhaupt Leder zu bekommen. Nach diesen Preisen stellen sich heute gute Maßschuhe, alleräußerst berechnet, wie folgt: ein Paar Herrenstiefel 170 M bis 200 M, ein Paar Damenstiefel 160 M bis 190 M, ein Paar Herrensohlen 22 M bis 25 M, Damensohlen 17 bis 20 M. — (Wann schwingen sich die amtlichen Stellen endlich auf, den Ursprung einer solchen Preiswucherung des Volkes, die auch auf andern Gebieten weiter greift, nachzugehen?)

Wie notwendig es war, die Häuteversteigerung durch die Häuteverwertungsgenossenschaft gemäß der gestern gemeldeten Verordnung des Arbeitsministeriums zu verhindern und die Häute bis auf weiteres zu beschlagnahmen, geht aus der Tatsache hervor, daß in letzter Zeit für das Fleisch von einem Ochsen 1300 bis 1400, für die Haut allein 1000—2000 Mark bezahlt wurden. — Wie wir von beteiligter Seite erfahren, verfolgen die großen Lederinteressenten die Tendenz, die Häute und das Leder um jeden Preis nach der Aufhebung der Nationalisierung an sich zu ziehen, um später die Preise diktieren zu können. Der Erfolg ist jetzt an den Schuhpreisen schon ersichtlich.

Die Deutsch-demokratische Landtagsfraktion hatte wegen der Vorgänge auf dem Häutemarkt am 31. August folgende dringliche Anfrage an den Herrn Ernährungs- und den Herrn Arbeitsminister beschlossene:

„Ist den beiden Ministern die ungeheure Preissteigerung bekannt, die für Häute nach Aufhebung ihrer öffentlichen Bewirtschaftung eingetreten ist? Weiß der Herr Ernährungsminister, daß infolge dessen die Ablieferung von Schlachttierhäuten auf schwerste gefährdet ist? und die Schwarzschlachtungen sich außerordentlich vermehren werden, da der Erlös für eine Haut von Tieren der unteren Preisklassen sehr oft den ganzen Ankaufspreis, den der Landwirt auf Grund der Höchstpreise für das ganze Tier bekommt, erreicht, ja teilweise überschreitet? Wie denkt sich der Herr Arbeitsminister die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwaren zu noch erschwinglichen Preisen? Welche Schritte haben die beiden Ministerien in eigener Zuständigkeit wie bei der Reichsregierung unternommen, um: a) die spekulativen Preissteigerungen bei Häuten und ihre Ausfuhr aus Deutschland (!) zu verhindern, sowie den Häuteankauf nur von den berufenen Kreisen ausführen zu lassen? b) der Landwirtschaft den Anteil am Häutepreis zukommen zu lassen, der ihr von Rechts wegen zusteht?“

(Warum steckt man solche Halunken, die das deutsche Volk fort und fort bewahren, nicht ins Zuchthaus?! Derartige Zustände müssen ja den Spartakismus direkt züchten, denn die Bewucherung greift auch auf andern Gebieten immer weiter um sich.)

Eine Meisterbilder-Andacht

wird am kommenden Sonntag, um 8 Uhr abends, Herr Richard Jordan aus Niga auch in unserer Stadtkirche halten. In Liebenthal, Hirsau, Nagold usw., wo letzten Monat diese eigenartigen religiös-künstlerischen Vorträge stattfanden, war der Besuch außerordentlich stark. Der Reinertag ist zu Hälfte für die hiesige Ortsgruppe des Evangel. Volksbundes bestimmt. Am Samstag um halb 8 Uhr wird eine besondere Meisterbilder-Andacht für Kinder zu ermäßigtem Preise vor ausgehen. Näheres ist aus der heutigen Anzeige zu erfahren.

Der Schimmelreiter.

15] Novelle von Theodor Storm.

Die drei Männer sahen sich an; der Pastor lachte, der alte Gewohnheitsgatte sah es bei einem „Hm, hm!“ bewenden, während der Oberdeichgraf wie vor einer wichtigen Entscheidung sich die Stirn rieb. „Ja, liebe Jungfer,“ sagte er endlich, „aber wie steht es denn hier im Nooge mit den ehelichen Güterrechten? Ich muß gesehen, ich bin augenblicklich nicht recht kapitelfest in diesem Wirrwahl!“

„Das brauchen Euer Gnaden auch nicht,“ entgegnete des Deichgrafen Tochter, „ich werde vor der Hochzeit meinem Bräutigam die Güter übertragen. Ich habe auch meinen kleinen Stolz,“ sagte sie lächelnd hinzu, „ich will den reichsten Mann im Dorfe heiraten!“

„Nun, Mannes,“ meinte der Pastor, „ich denke, Sie werden auch als Bate nichts dagegen haben, wenn ich den jungen Deichgrafen mit des alten Tochter zusammenhebe!“

Der Alte schüttelte leis den Kopf: „Unser Herr Gott gebe seinen Segen!“ sagte er andächtig.

Der Oberdeichgraf aber reichte dem Mädchen seine Hand: „Wahr und weise habt Ihr gesprochen, Elte Volkerts; ich danke Euch für so kräftige Erläuterungen und hoffe auch in Zukunft, und bei freundlicheren Gelegenheiten als heute, der Gast Eures Hauses zu sein; aber — daß ein Deichgraf von solch junger Jungfer gemacht wurde, das ist das Wunderbare an der Sache!“

„Euer Gnaden,“ erwiderte Elte und sah den gütigen Oberbeamten noch einmal mit ihren ersten Augen an, „einem rechten Manne wird auch die Frau wohl helfen dürfen!“ Dann ging sie in den anstoßenden Pefel und legte schweigend ihre Hand in Hauke Haiens.

Es war um mehrere Jahre später: in dem kleinen Hause Lebe Haiens wohnte jetzt ein rüstiger Arbeiter mit Frau und Kind; der junge Deichgraf Hauke Haiens sah mit seinem Weibe Elte Volkerts auf deren väterlicher Hofstelle. Im Sommer rauschte die gewaltige Eiche nach wie vor am Hause; aber auf

der Bank, die jetzt darunter stand, sah man abends meist nur die junge Frau, einsam mit einer häuslichen Arbeit in den Händen; noch immer schloß ein Kind in dieser Ehe; der Mann aber hatte anderes zu tun, als Feierabend vor der Tür zu halten, denn trotz seiner früheren Mithilfe lagen aus des Alten Amtsführung eine Menge unerledigter Dinge, an die auch er derzeit zu rühren nicht für gut befunden hatte; jetzt aber mußte allmählich alles aus dem Wege; er segte mit einem scharfen Besen. Dazu kam die Bewirtschaftung der durch seinen eigenen Landbesitz vergrößerten Stelle, bei der er gleichwohl den Kleintreut noch zu sparen suchte; so sahen sich die beiden Eheleute, außer am Sonntag, wo Kirchgang gehalten wurde, meist nur bei dem von Hauke eilig besorgten Mittagessen und beim Auf- und Niedergang des Tages; es war ein Leben fortgesetzter Arbeit, doch gleichwohl ein zufriedenes.

Dann kam ein störendes Wort in Umlauf. — Als von den jüngeren Besthern der Mark- und Geistgemeinde eines Sonntags nach der Kirche ein etwas unruhiger Trupp im Krüge droben am Trunke festgeblieben war, redeten sie beim vierten und fünften Glase zwar nicht über König und Regierung — so hoch wurde damals noch nicht gegriffen —, wohl aber über Kommunal- und Oberbeamte, vor allem über Gemeinbeabgaben und -lasten, und je länger sie redeten, desto weniger fand davon Gnade vor ihren Augen, insonders nicht die neuen Deichlasten; alle Stele und Schleusen, die sonst immer gehalten hätten, seien jetzt reparaturbedürftig; am Deiche fänden sich immer neue Stellen, die Hunderte von Mann Erde nötig hätten; der Teufel möchte die Geschichte holen!

„Das kommt von eurem klugen Deichgrafen,“ rief einer von den Geesleuten, „der immer grübeln geht und seine Finger dann in alles steckt!“

„Ja, Marten,“ sagte Die Peters, der dem Sprecher gegenüberlag, „recht hast du, er ist hinterpinnig und sucht beim Oberdeichgraf sich nen weissen Fuß zu machen; aber wir haben ihn nun einmal!“

„Warum habt ihr ihn euch aufsuchen lassen?“ sagte der andere; „nun müßt ihr's bar bezahlen.“

Die Peters lachte. „Ja, Marten Feubbers, das ist nun so bei uns, und davon ist nichts abzutragen: der alte wurde Deichgraf von seines Vaters, der neue von seines Weibes wegen.“ Das Gelächter, das jetzt um den Tisch lief, zeigte, welchen Beifall das geprägte Wort gefunden hatte.

Aber es war an öffentlicher Wirtstafel gesprochen worden, es blieb nicht da, es lief bald um im Gees- wie unten in dem Marksdorf; so kam es auch an Hauke. Und wieder ging vor seinem inneren Auge die Reihe übelwollender Gesichter vorüber, und noch höhniischer, als es gewesen war, hörte er das Gelächter an des Wirtshausstische. „Hunde!“ schrie er, und seine Augen sahen grimmig zur Seite, als wolle er sie peitschen lassen.

Da legte Elte ihre Hand auf seinen Arm: „Sah sie; die wären alle gern, was du bist!“

— Das ist es eben!“ entgegnete er großend.

„Und,“ fuhr sie fort, „hat denn Die Peters sich nicht selber eingefreit?“

„Das hat er, Elte; aber was er mit Bollina freite, das ist nicht zum Deichgrafen!“

— Sag lieber: er reichte nicht dazu!“ und Elte drehte ihren Mann, so daß er sich im Spiegel sehen mußte, denn sie standen zwischen den Fenstern in ihrem Zimmer. „Da steht der Deichgraf!“ sagte sie; „nun sieh ihn an; nur wer ein Amt regieren kann, der hat es!“

„Du hast nicht unrecht,“ entgegnete er sinnend, „und doch... Nun, Elte; ich muß zur Osterschleuse; die Türen schließen wieder nicht!“

Sie drückte ihm die Hand: „Kommi, sieh mich erst einmal an! Was hast du, deine Augen sehen so ins Weite?“

„Nichts, Elte; du hast ja recht.“

Er ging; aber nicht lanne war er gegangen, so war die Schleusenreparatur vergessen. (Ein anderer Gedanke, den er halb nur ausgedacht und seit Jahren mit sich umhergetragen hatte, der aber vor den dringenden Amtsgeschäften ganz zurückgetreten war, bemächtigte sich seiner jetzt aufs neue und mächtiger als je zuvor, als seien plötzlich die Flügel ihm gemachsen.)

(Fortsetzung folgt.)

Die Provinzbankbeamten Württembergs.

Bei der am 31. August in Stuttgart stattgefundenen Tagung der Provinzbankbeamten Württembergs wurde eine Arbeitsgemeinschaft gebildet. Sie wird auch bei den demnächst in Stuttgart beginnenden Verhandlungen über die Ausdehnung des mit den Großbanken abgeschlossenen Tarifs auf die württ. Kleinbanken vertreten sein, um ganz besonders die Wünsche und Forderungen der Provinzangestellten zur Geltung zu bringen. Mit den vorgesehenen Abzügen infolge der Ortstasseneinteilung können sich die Angestellten der Provinz auch nicht einverstanden erklären; es sind auch bereits an verschiedenen Plätzen Verhandlungen eingeleitet zwecks Abschaffung bzw. Ermäßigung der Abzüge.

Lohnbewegung im Malergewerbe.

Am 1. September fanden Verhandlungen statt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im organisierten Malergewerbe unter dem Vorsitz von Dr. Götz (Stuttgart). Verlangt wurde von den Arbeitnehmern eine weitere Zulage von 80 % pro Stunde. Eine Einigung wurde erzielt dahingehend, daß ab 1. September 1919 eine weitere Zulage pro Stunde bezahlt wird, und zwar für Leute unter 20 Jahren 35 % und für Leute über 20 Jahre 40 %. Ferner wurde noch beschlossen, den Bauämtern entsprechende Mitteilung von diesen Verhandlungen zugehen zu lassen, daß auch für solche Aufträge, die bereits gegenwärtig ausgeführt werden, eine Mehrbezahlung erfolgt, so daß der Unternehmer durch diese Mehrleistung an seine Gehilfen nicht zu Schaden kommt. Die Verhandlungen über die Durchführung der Durcharbeitszeit wurden in beiderseitigem Einverständnis noch auf kurze Zeit zurückgestellt.

Reichswehrbefehlsstelle Württemberg.

Durch eine Verordnung des Reichspräsidenten wird das bisherige württ. Kriegsministerium zur Reichswehrbefehlsstelle Württemberg. Wie der Staatsanzeiger bekannt gibt, hat mit dem heutigen Tage Oberstleutnant Freiherr v. Wöllwarth die Geschäfte als Chef der Reichswehrbefehlsstelle Württemberg übernommen.

Auflösung der Kriegswirtschaftsstellen.

Nachdem das württ. Kriegswirtschaftsamt schon im Februar d. J. aufgelöst worden ist, sind nach einer Verfügung des Kriegsministeriums nunmehr auch die Kriegswirtschaftsstellen aufgelöst worden. Die Bearbeitung der laufenden An-

gelegenheiten geht im Einverständnis mit dem Ernährungsministerium auf die Oberämter über.

Ein neues Abwehrmittel gegen hohe Obstpreise.

Wie das „Neue Tagblatt“ hört, haben die württembergischen Lokomotivführer von verbandswegen die Absicht ausgesprochen, wenn der Obstpreis einen gerechten Höchstpreis für den Zentner überschreitet, keinen Wagen mit Obst zu befördern. Auch der Bund der württembergischen Verkehrsangestellten soll bereits ähnliche Beschlüsse gefasst haben. Uebrigens hat sich die Mehrheit einer im Ernährungsministerium durch den Beirat und durch die Mitglieder des Reichsausschusses der Landesverorgungsstelle abgehaltenen Sitzung für die Einführung von Erzeugerpreisen im Verkehr mit Herbstobst ausgesprochen. Als noch nicht amtlich festgesetzt, aber von den württembergischen Erzeugergenossenschaften beschlossene Preise franko Waggons nennt das genannte Blatt folgende Richtpreise für den Zentner: Falläpfel 8-10 Mk., Mostäpfel 12-15 Mk., Mostbirnen 8-10 Mk., gepflücktes Wirtschaftsobst bis 30 Mk., Tafelobst je nach Sorte 40-45 Mk.

Mostobstbeförderung auf der Bahn.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt mit: Nachrichten aus dem Verkehrsweisen. Beförderung von Mostobst auf den württ. Eisenbahnen im Herbst 1919. Bei der Kohlennot und dem außerordentlichen Wagenmangel infolge der Abgabe von Wagen an die Entente und des hohen Standes an ausbesserungsbedürftigen Wagen wird die Abwicklung des diesjährigen Herbstverkehrs ganz besonderen Schwierigkeiten begegnen. Die württ. Eisenbahnverwaltung muß deshalb schon jetzt darauf hinweisen, daß vom 15. September bis 15. November 1919 Äpfel und Birnen in Säcken und, soweit das Obst zur Mostbereitung dient, auch in anderer Verpackung zur Beförderung als Güterstück, Erzeugergut und ländliche Traglast nicht angenommen werden können. Etwasigen Versuchen von Reisenden, größere Mengen von Obst in die Personenwagen als Handgepäck mitzunehmen, müßte die Eisenbahn schon aus Gründen der Betriebssicherheit entgegenzutreten. Bei der Auslieferung von Mostobst als Frachtladung kann eine Gewähr für Einhaltung einer bestimmten Lieferfrist nicht gegeben werden. Auch ist die Eisenbahn, da die tarifmäßigen Lieferfristen bis auf weiteres aufgehoben sind, nicht haftbar, wenn Obst infolge längerer Beförderungsdauer verdirbt. Der Bevölkerung muß daher dringend empfohlen werden, sich zum Bezug von Mostobst in Wagenladungen zusammenzuschließen oder den Bedarf an Mostobst und Most wie früher durch Vermittlung des Handels oder von Verbrauchervereinigungen (Konsumvereinen usw.) zu decken, die die erforderlichen Obstmengen ebenfalls in Wagenladungen heranbringen.

Ein Erpresser schlimmer Sorte.

(S.W.) Stuttgart, 3. Sept. Die Polizeidirektion hat eine hohe Belohnung in Aussicht gestellt für die Ermittlung und Ueberführung eines Verbrechers, der in letzter Zeit mit Süßleimmaschinen hier arbeitet. Er verfolgt mit Erpressungen und Bombenanschlägen seit Januar 1919 den Ingenieur Paul Schröder, Inhaber der gleichnamigen Metallwarenfabrik in der Eugenstraße, und seinen Betriebsleiter Karl Pfisterer wegen Lohnstreitigkeiten der Firma mit der Arbeiterschaft und droht mit der Ermordung beider, falls nicht an einem bestimmten Ort ein größerer Geldbetrag niedergelegt wird. Dabei ist er so vorsichtig, daß ein Versuch der Kriminalpolizei, ihn durch scheinbares Eingehen auf seine Vorschläge zu fassen, gescheitert ist. Am 15. Juli legte er im Hofe des Gebäudes Eugenstraße 5 um Mitternacht eine Sprengbombe nieder, die von Schutzleuten rechtzeitig unschädlich gemacht wurde. Am 31. Juli übergab er bei der Post in Ehlingen eine an Schröder adressierte Höllemaschine in einem Paket. Wir haben seinerzeit darüber berichtet, daß bei der Ankunft am 2. August drei Arbeiter Schröders erheblich verletzt wurden. Der Verbrecher erwartete von Schröder die Niederlegung bestimmter Nachrichten am Birkenkopf, gegenüber der Geisenbrücke am unteren Ende der Schlittenbahn. Die Kriminalpolizei hoffte ihn dort zu ergreifen, aber er brachte dies in Erfahrung und grub dort eine Höllemaschine in die Erde ein, die sich am Samstag nachmittag, als die Beamten erschienen, entzündete, aber niemand verletzte, weil die Beamten vorsichtig Aufstellung genommen hatten. Es war ein hölzernes Kistchen, gefüllt mit Schwarzpulver, das sich durch eine am 15. August bei dem Uhrmacher Gustav Jand gelaupte Wechselladung entzündete. Der Verbrecher ist zweifellos ein Fachmann, der nicht schnell genug unschädlich gemacht werden kann.

(S.W.) Stuttgart, 3. Sept. Seit einiger Zeit sind in Stuttgart falsche Banknoten zu 50 Mk. der Ausgabe vom 20. Oktober 1918 im Umlauf. Die Fälscher sind in Stuttgart zu suchen. Für Mitteilungen, die zur Aufklärung der Sache führen, zahlt das Reichsbankdirektorium in Berlin eine Belohnung bis zu 10 000 Mk. Die hiesige Kriminalpolizei fördert auf Wunsch strengste Verschwiegenheit zu und entsendet Beamte zu mündlicher Rücksprache.

Für die Schriftl. verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Städtische Lebensmittel-Fürsorge Calw.
Künftig können Zucker und sonstige Lebensmittel auch bei Frau Ott in der Salzgasse gekauft werden.

Stadtschultheißenamt Calw.
Fuhrleute, Landwirte usw. lassen in letzter Zeit wieder allenthalben über Nacht

Wagen unbeleuchtet
auf öffentlichen Straßen und Plätzen stehen. Die Betroffenen werden darauf hingewiesen, daß sie für allen Schaden, der der Stadt oder Dritten aus dieser verbotswidrigen Handlungsweise entsteht, haftbar sind. Außerdem haben sie bei weiteren Uebertretungen Bestrafung zu gewärtigen.
Wo es an Beleuchtungsmaterial mangelt, dürfen Wagen bei Nacht auf öffentlichen Straßen und Plätzen auch dann nicht stehen bleiben, wenn sie kein Verkehrshindernis bilden.
Calw, den 4. September 1919.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calw.
Der Obstertrag
von den städtischen Grundstücken wird am Montag, den 8. September 1919, an Ort und Stelle in kleineren Losen verkauft.
Zusammenkunft um 1 Uhr beim alten Krankenhaus, 1/2 Uhr bei der Rammfabrik, 1/4 Uhr beim Bezirkskrankenhaus, 4 Uhr beim Salgenwägen Eingang von Althengstetter Straße, 1/5 Uhr bei der Schaffssteuer.
Auswärtige können am Verkauf nicht teilnehmen.
Den 3. September 1919.
Stadtpflege: Freny.

Aufgebot.
Der Kaufmann Carl Reichert in Calw hat beantragt, den verstorbenen, am 17. Juni 1822 geborenen, im Jahr 1853 nach Amerika abgereisten
Wilhelm Friedrich Leonhardt,
zuletzt wohnhaft in Calw, für tot zu erklären.
Der bezeichnete Verstorbene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf
Freitag, den 10. April 1920, vormittags 9 Uhr
vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung spätestens im Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen.
Calw, den 2. September 1919.
Amtsrichter Bötteler.

Bekanntmachung des Schlichtungsausschusses Stuttgart.

Der Wortlaut der in Arbeitsstreitigkeiten vom Schlichtungsausschuß Stuttgart abgegebenen

Schiedsprüche

oder vor dem Schlichtungsausschuß getroffenen Vereinbarungen der Parteien wird gemäß §§ 26 und 28 der Reichsverordnung über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, vom 23. Dezember 1918, regelmäßig wie folgt öffentlich bekannt gemacht:
bei Streitsachen von Groß-Stuttgart durch 14tägige Auflage im Zimmer 19 in 3. Stock des Hauses Königsstraße 18, bei allen sonstigen Streitsachen durch 14tägigen Anschlag am Rathaus des Ortes des Betriebs, der von der Streitsache betroffen ist.
Stuttgart, den 3. September 1919.
Brion.

Der Ankauf von Heu und Stroh ist aufgenommen.

Zufuhren auch kleiner Mengen können täglich erfolgen. Anfragen und Angebote an Proviantamt Stuttgart, Post Feuerbach.

Ein weißer Zwerg-Spitzer zugelaufen.
Abzuholen gegen Einrückungsgebühr bei
Hrl. Keller, Althandstr. 646.
Suche fleißiges Mädchen
auf 1. Oktober oder früher.
Frau Heugle, Metzgerei, Calw.

Mädchen-Gesuch
Ein solides, fleißiges Mädchen,
das schon gebiert hat, findet auf 15. Sept. oder 1. Oktob. bei hohem Lohn und guter Behandlung Dauerstellung bei
Frau Fabrikant Bentler, Pforzheim, Ebersteinst. 31.

Mädchen-Gesuch
Ein solides, fleißiges Mädchen,
das schon gebiert hat, findet auf 15. Sept. oder 1. Oktob. bei hohem Lohn und guter Behandlung Dauerstellung bei
Frau Fabrikant Bentler, Pforzheim, Ebersteinst. 31.

Mädchen-Gesuch
Ein solides, fleißiges Mädchen,
das schon gebiert hat, findet auf 15. Sept. oder 1. Oktob. bei hohem Lohn und guter Behandlung Dauerstellung bei
Frau Fabrikant Bentler, Pforzheim, Ebersteinst. 31.

Mädchen-Gesuch
Ein solides, fleißiges Mädchen,
das schon gebiert hat, findet auf 15. Sept. oder 1. Oktob. bei hohem Lohn und guter Behandlung Dauerstellung bei
Frau Fabrikant Bentler, Pforzheim, Ebersteinst. 31.

Mädchen-Gesuch
Ein solides, fleißiges Mädchen,
das schon gebiert hat, findet auf 15. Sept. oder 1. Oktob. bei hohem Lohn und guter Behandlung Dauerstellung bei
Frau Fabrikant Bentler, Pforzheim, Ebersteinst. 31.

Unsere Kassen
werden nach dem Vorbild anderer Plätze von jetzt ab
Samstag nachmittags um 1 Uhr geschlossen.
Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe.
Spar- und Vorschussbank.

Eine größere Bijouteriefabrik beabsichtigt in der Nähe Pforzheims einen Filialbetrieb, Herstellung von Medaillons, zu errichten.

Tüchtige Medaillonmacher,
die in der Lage sind, eine solche

Filiale zu übernehmen und zu leiten,
oder zu einer solchen bereits eingerichtet sind, wollen ihre Adresse unter Nr. P 3 an das Kontor des Blattes abgeben.

Pferdeknecht
zu zwei Pferden für Landwirtschaft sofort gesucht. Stellung dauernd. Bauern Sohn bevorzugt. Näheres durch die Geschäftsstelle des Blattes.

Wir suchen für den hiesigen Bezirk einen zuverlässigen

Vertreter

gegen hohe Provision.
Umbach & Co., Alma. D.
Dele und Fettwaren f. Landwirtschaft, Gewerbe u. Industrie.

Pferdeknecht
für sofort gesucht.
Bauwerkmeister Alber.

Gesucht werden
2 Zimmer
oder geeigneter Raum
z. Aufbewahren v. Möbeln.
Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Cylinder,
Größe 56, zu Mk. 40.—
verköuflich.
Lederstr. 100 L.

Empfehle

Birkenwasser (Dr. Dralle), Brennesselwasser, Bayrum, Eau de Quinine, Haarbalsam, Fl. Teerseife, Zahnpasta, Kalkthora, Chlorodont, Pebecco, feine Hautcreme, Sonnen-sprossengegenmittel, Puder, Parfümerien, Brillantinen, Ist. Pomaden, Bartbinden, -Kämme und -Wasser, Artikel zur Nagelpflege, Stirn- und Haubennetze, Haar- u. Lockennadeln, Haar- und Zahnbürsten, Kämme und Spiegel usw.

J. Odermatt
Parfümeriegeschäft, beim Bahnhof.

Hirfau.

Freitag, den 5. September
abends 8 bis 10 Uhr (bei günstiger Witterung)
in den Kuranlagen

Konzert mit Tanz,

ausgeführt durch die Calwer
Stadtkapelle.

Eintritt für Erwachsene Mk. 1.—
Kinder unter 14 Jahren 30 Pfg.

Möttlingen.

Geschäftseröffnung.

Hiermit zur gest. Kenntnisnahme, daß
ich meine

elektrotechnische, mechanische Werkstätte

hier eröffnet habe.

Gestützt auf eine 15 jährige Praxis
empfehle ich mich speziell in

Reparaturen an sämtlichen Maschinen,
Elektro-, Benzin- und Gasmotoren, Näh-
maschinen, Fahrrädern, Motorrädern und
Autos. Lieferung sämtlicher Ersatzteile.
Uebernahme und Lieferung neuer Aufträge.

Verkauf im Laden.

Adolf Kranz, Elektrotechniker.
Vertretung erstklassiger Fabrikate.

Einige ehm Weißbuchen- oder Nußbaumholz

gut trocken, für Holzdreher zu kaufen gesucht.
Anton Weiß & Cie, Pforzheim. Kallhardstr. 3.

Kochtöpfe und Bräter

und sonstige Küchengeräte in Alu-
minium, Email, Eisen und feuerfestem
Steingut

Fleischhackmaschinen, Reib- maschinen und Küchenwagen

empfehle in großer Auswahl bei billigen Preisen

Fr. Wiedersheim, Eisenhandlung,
Weil der Stadt.

Wagenverkauf.

Verkaufe zwei Stück bereits neue



Break,

6- und 8 fzig mit Patentachsen,
Langfzig, und eine gebrauchte, guterhaltene

Einspanner-Chaise,

4 fzig und zwei sehr guterhaltene
Chaisen-Geschirre, wenig gebraucht.

J. M. Lörcher, Maisenbach,
Station Liebenzell, D.A. Neuenbürg. Telefon Nr. 1.

Calw. — Stadtkirche.

Sonntag, den 7. September, abends 8 Uhr

Meisterbilder = Andacht.

Religiöser Vortrag mit Choralgesang, Orgelspiel
und 40 farbigen Bildern aus dem Leben Jesu,
nach alten und neuen Meistern.

Veranstaltet von Richard Jordan, Riga.
Sperrfzig 1 Mk., offener Platz 50 Pf.

Karten in den Buchhandlungen Häußler und Dipp.

Samstag, 6. September, abends 1/2 8 Uhr

Kinder-Feier (Meisterbilder-Andacht)

Kinder 30 Pfg. Erwachsene 50 Pfg.
Karten nur am Eingang der Kirche.

Lichtspieltheater. — Voranzeige.

Samstag und Montag abends

Die Jüdin von Toledo.

Nach dem Drama von Grillparzer.

Sonntag keine Vorstellungen.

Speise = Zwiebeln,

neue gesunde lagerfähige,
empfiehlt

Spar- und Consumverein.

Himbeeren

kauft jedes Quantum
Röhm-Dalkolmo.

Unterreichenbach.

Sohlleder, Oberleder, Schäfte

beste Qualität empfiehlt
Ludwig Väder,
Leberhandlung.

Alle Möbel:

Tisch, Waschtische, Bil-
cher- und Notenständer,
Bilder, Spiegel, Kon-
solen, Noten usw.,
sowie ein schöner, messingner
Lüfter,
für Gas oder Elektrizität be-
nuzbar, billig zu verkaufen.

Landhaus Boehm, Bad
Liebenzell, Alexanderstr.

Fensterleder

sind wieder zu haben.
Albert Wochel, Leberhdlg.

Eine junge



Ruh,

12 Liter Milch gebend und
1/2 jähriges

Zuchtrind,

unter zwei die Wahl hat zu
verkaufen.

Friedr. Ziegler,
Liebelsberg.

Hafer

kauft jedes Quantum
gegen prompte Kasse.
Anton Gall, Buchbinder,
Weil der Stadt.

Neues delik.

Sauer = Kraut

empfiehlt fortwährend
K. Otto Vinçon.

Haararbeiten

fertigt rasch und billig
J. Dörmatt Friseurmeister
Calw.

Unterhaugstett.
Einen noch guterhaltenen,
leichteren

Leiterwagen

verkauft
Karl Schnürle.

Kriegsinvaliden sucht kle-
nere Partien

Weiden

zu kaufen.
Karl Hauser, Nonnengasse.

1,2 Indische

Laufenten

1919er Brut, verkauft.
Wer sagt die Geschäftsstelle
des Blattes.

Statt Karten.

Wir erlauben uns, Verwandte, Freunde und Bekannte
zu unserer am Samstag, 6. September 1919 stattfindenden

Hochzeits-Feier

in die Brauerei Dreiß in Calw freundlichst einzuladen.

Karl Böttinger. Johanna Dittus.
Trauung 1 Uhr.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer am Samstag, den 6. Sept.
ds. Js. stattfindenden

Hochzeitsfeier

in den Gasthof zur Krone in Möttlingen freund-
lichst einzuladen.

Adolf Kranz,
Berta Schwarz, geb. Rübler.
Kirchgang 12 Uhr.

Wir bitten dies statt jeder besonderen Ein-
ladung entgegennehmen zu wollen.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und
Bekanntete zu unserer am Samstag, den 6. Sept.
ds. Js. stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zur Sonne in Neubulach
freundlichst einzuladen.

Johann Martin Nischele,
Meßger in Neuweiler, Sohn des † Johann Martin
Nischele, Maurer in Neuweiler.

Karoline Auer,
Tochter des Jakob Auer, Bauer und Gemeinderat
in Neubulach.

Kirchgang um 11 Uhr.

Wir bitten dies als besondere Einladung ent-
gegennehmen zu wollen.

Parkett-Bodenwische,
Fußbodenöl,
Stahlspäne
empfiehlt
Ch. Schlatterer.

Gesunde Zwiebel

für Winterbedarf empfiehlt
Röhm-Dalkolmo.

Einige Wagen

Stockholz

sucht zu kaufen
Emil Georgii.

Kurzgefärgtes, trockenes

Brennholz

kann sofort geliefert werden.
L. Rärcher, Sägewerk,
Hirfau.

Prima

Raffia Bast

ist eingetroffen.

E. V. Schlotterbeck, Seiler-
und Bürstenpezialgeschäft.

Spanische

Butter keks

Paket 1.60 Mk.
empfiehlt

Pfannkuch & Co.

Remy-Reisstrahlen-

Stärke

Borag
empfiehlt
Ch. Schlatterer.

Avenarius =

Carbolineum

empfiehlt
Carl Serva, Fernspr. 120.

Rauchtabak.

Das Ideal d. Rauchers,
gar. ohne Beimischung, aus
Stengeln der Tabakpflanze her-
gestellt, per Pfund 6.50 Mk.
nicht unter 10 Pfund, abge-
wogen in 1/2 Pfd.-Paketen,
gegen Nachnahme.

Albert Pletschen,
Tabak- und Zigaretten-Versand
Sersford i. W.